

Nachrichten

Zur Lösung gemeinsamer Forschungsaufgaben und zur Herstellung einer engen Verbindung von Theorie und Praxis traf der Rat der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle—Wittenberg im Herbstsemester 1967/1968 Vereinbarungen mit dem Rat des Bezirkes Halle und den Rechtspflegeorganen im Bezirk Halle. Auf ihrer Grundlage übernehmen Wissenschaftler der Fakultät die Betreuung von Doktoranden, unterstützen die Qualifizierung von Mitarbeitern und nehmen an der praktischen Arbeit dieser Organe teil. In gleicher Weise beteiligen sich Mitarbeiter der Rechtspflegeorgane wie auch des Rates des Bezirkes an der Ausbildung der Studierenden und sorgen insbesondere für eine gut vorbereitete Ausbildung im Praktikum. (M. J.)

In der Zeit vom 22. Januar bis 6. Februar 1968 weilte *Prof. Dr. Inge Hiebinger*, Juristische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle—Wittenberg, in Guinea. Sie leitete die DFD-Delegation, die auf Einladung des Außenministers der Republik Guinea am Ersten Nationalkongreß der Frauen der Demokratischen Partei Guineas teilnahm. Die Delegation machte sich mit der Lage der Frau in der Republik Guinea bekannt und informierte über die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der DDR. (M. J.)

*

Vom 26. Januar bis 16. März 1968 hielt der Dekan der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, *Prof. Dr. Büchner-Uhder*, vor Angehörigen des Lehrkörpers sowie vor Studierenden der Juristischen Fakultät der Universität Damaskus eine Reihe von Vorträgen über Probleme des Staatsrechts der DDR. Ferner sprach er in Kolloquien und Seminaren zum gleichen Thema.

Die Veröffentlichung des Entwurfs der neuen, sozialistischen Verfassung der DDR war Anlaß für einen Gedankenaustausch mit Vertretern des Lehrkörpers sowie mit Studierenden über die Grundsätze der Politik der DDR. Ähnliche Veranstaltungen fanden am College of Law und am College of Administration in Bagdad statt. Durch den inzwischen abgeschlossenen Freundschaftsvertrag der Universitäten Halle und Bagdad sollen die wissenschaftlichen Verbindungen zwischen den juristischen Instituten weiter gefestigt werden. (M. J.)

*

Im Auftrag der Liga für Völkerfreundschaft der DDR unternahm Rechtswissenschaftler und leitende Staatsfunktionäre in sozialistische und andere befreundete Länder Vortragsreisen, deren Thematik den Grundsätzen des Entwurfs der neuen, sozialistischen Verfassung der DDR gewidmet war. Vor Rechtswissenschaftlern und Studenten, führenden Vertretern der Justizpraxis, Abgeordneten und anderen Repräsentanten des gesellschaftlichen Lebens sprachen:

Prof. Dr. Peck, Leiter der Arbeitsstelle für Völkerrecht an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in der VAR und in Zypern in der Zeit vom 25. März bis 13. April 1968 zu dem Thema „Das politische Wesen der Staatsmacht im Verfassungsentwurf der DDR — die internationale Bedeutung des Verfassungsentwurfs der DDR“;

Dr. Ullmann, Ministerium der Justiz, in der VAR und in Zypern in der Zeit vom 25. März bis 13. April 1968 zu dem Thema „Die Rechtsordnung und Gesetzlichkeit im Verfassungsentwurf der DDR — das Verhältnis zwischen Justiz und Verwaltungsorganen im Verfassungsentwurf der DDR“;